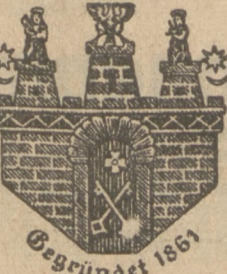


Pozner Tageblatt

„Emero“
Bremsbelag
Hart u. doch biegsam
nur bei
W. Müller
Poznań, Dąbrowskiego 28.

Bezugspreis: Nr. 1. 1932 Polnische (Polen und Danzig) 4.39 z.
Poznań Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 z.
durch Boten 4.40 z. Provinz in den Ausgabestellen 4 z. durch Boten
4.30 z. Unter Streifenband in Polen u. Danzig 6 z. Deutschland und
übriges Ausland 2.50 Km. Einzelnummer 0.20 z. Bei höherer Gewalt
Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf
Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Pozner Tage-
blattes“, Poznań, Zwierzyńska 6, zu richten. — Fernspr. 6106, 6275.
Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postfach-Konto in Polen:
Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo,
Poznań). Postfach-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184. —



Anzeigenpreis: Im Anzeigenenteil die achteckspaltige Millimeter-
zeile 15 gr. im Textteil die viergespaltige Millimeterzeile 75 gr. Deutsch-
land und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpf. Platzvorschrift und
schwieriger Satz 50% Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er-
scheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für
die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine
Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für
Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. z o. o., Poznań, Zwierzyńska 6.
Fernsprecher: 6275, 6105. — Postfach-Konto in Polen: Poznań
Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. z o. o.,
Poznań). Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań.

Drahtgeflechte
Draht 1.
eden Zweck
Liste gratis
Alexander Maennel
Drahtgeflechtfabrik
Nowy-Tomysl-W. 5

Zahlung in Waren greift um sich Französische Parlamentsdiäten in — Weizen

Die primitiven Formen des Tauschhandels, zu denen wir infolge der Wirtschaftskrise in so vielen Fällen zurückgekehrt sind, werden sich nun über kurz oder lang einen weiteren wichtigen Gebietes bemächtigen. Schon liegt ein Antrag der Getreidebauern des Departements Aube vor, nach dem ihre Deputierten und Senatoren nicht mehr in barem Geld ausgezahlt werden sollen. Die Diätenfrage soll in der Weise geregelt werden, daß die erwähnten Politiker den Gegenwert ihrer parlamentarischen Leistung in Ware, und in diesem besonderen Fall in Weizen bekommen.

Man wird wohl bemerkt haben, daß diese Entschliebung eines großen Teiles der Wähler-schaft im Departement Aube durchaus keine Vertrauenserklärung für die Politiker darstellen soll, die die Interessen der Weizen bauenden Bevölkerung zu vertreten haben. Die großen Staatsmänner sollen auf diese Weise gewissermaßen am eigenen Leibe spüren, wie furchtbar der Weltmarktpreis für Weizen gestürzt ist und was für eine ungeheure, schier unlösliche Aufgabe es ist, 40 Tausend Brotgetreide — denn um so viel würde es sich bei diesem jährlichen Deputat handeln — so zu verkaufen, daß dabei etwas mehr als die bloßen Frucht- und Handels-spesen herauskommt.

Wenn dieses rigorose Vorgehen gegen Politiker Schule machen sollte, so könnte man sich viel leicht einiges Gute für die notleidende Mensch heit davon versprechen. Es wäre durchaus vor zuziehbar, daß die amerikanischen, die englischen, die japanischen und alle sonstigen Politiker plötzlich mehr Verständnis für die allerwichtigste Aufgabe der Gegenwart bekunden würden, wenn man dazu überginge, sie statt mit schönem Har tungs- oder raschelnden Banknoten mit dem meist-erzeugten und daher am stärksten im Preis ge- sunkenen Landesprodukt abzulassen. Es würde sich sofort herausstellen, daß der amerikanische Kongreßmann oder Senator genau so wenig von hundert Ballen Baumwolle oder einigen tausend Bushels Getreide sein Leben fristen kann, wie dies dem japanischen Kollegen mit ungezählten Reisladungen oder dem Franzosen mit Tonnen voll Wein möglich wäre. Und auch der englische Abgeordnete würde bald einsehen, daß Sheffield-der Stahl und Newcastle-Kohle zwar sehr lebenswichtige Dinge sind, daß sie aber allein unter Ausschluss aller übrigen Produkte loszusagen das Kraut auch nicht fett machen.

Und diese volkswirtschaftliche Erkenntnis würde uns von dem so unvollkommenen Tausch- handelsystem wieder zurückbringen zur Verstä- ndigung aller Völker untereinander nicht nur auf politischem, sondern vor allem auf ökon- omischem Gebiet.

Handelspolitische Verhandlungen Deutschland-Schweden ergebnislos

Berlin, 17. Januar.
Die Verhandlungen zwecks Erneuerung des deutsch-schwedischen Handels- und Schiffsahrts- vertrages, die im November v. J. in Stockholm begonnen haben und vom 4. bis 11. Januar in Berlin fortgesetzt wurden, sind ergebnis- los verlaufen. Die schwedische Regierung hat am 14. d. Mts. die Mitglieder der schwedischen Verhandlungsdelegation nach Stockholm zu- rückberufen und erklärt, daß Voraus- setzungen zu weiteren Verhandlungen bei der jetzigen Lage nicht vorhanden seien.

In dem jetzigen Vertrage mit Schweden sind wichtige deutsche Zölle auf land- und forstwirt- schaftlichem Gebiet gebunden, z. B. für Schnittholz, Rindvieh, Speck, Schmalz und lebende Fische. Um hier wieder die erforderliche Frei- heit zu erhalten, war auf deutschen Wunsch zwischen beiden Regierungen vereinbart wor- den, den Handelsvertrag am 15. Februar 1933 außer Kraft treten zu lassen. Bei den Ver- handlungen ergab sich trotz deutscher Bereit- schaft zu weitgehendem Entgegenkommen, daß die schwedischen Wünsche nach neuen deutschen Zollbindungen insbesondere auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft soweit gingen, daß ihre Erfüllung in Anbetracht der Lage die- ser Wirtschaftszweige in Deutschland unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht möglich er- schien.

Der deutsche Reichskanzler verhandelt

Das Reichskabinett ist heute vor- mittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Vorlage über den Voll- streckungsschutz für die Landwirtschaft durchzubekommen. Daneben stehen auch andere landwirtschaftliche Fragen, die zum Teil das handelspolitische Gebiet berühren, auf der Tagesordnung.

Aus dem Entwurf über den Vollstreckungs- schutz ist soviel bekannt geworden, daß eine Ausdehnung des Schutzes gebietsmäßig und auch in qualitativer Hin- sicht vorgenommen werden soll. Die Schutz- maßnahmen werden sich also nicht nur auf Ostpreußen beschränken. Sie werden auch auf landwirtschaftliche Mobilien (Vieh usw.) ausgedehnt werden.

Die neue Woche wird unter dem Stern der politischen Verhandlungen stehen, die heute durch eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler v. Schleicher und dem Prälaten Kaas, dem Führer des Zen- trums, fortgesetzt werden. Auch in Regie- rungskreisen hegt man nur geringe Hoff- nungen auf eine neue Hinausschie- bung der Reichstagsverhandlungen, wenn der Ältestenrat Freitag zusammentritt, um sich über die Tagesordnung schlüssig zu wer- den.

Die Bedeutung der Wahlen in Lippe- Detmold wird an maßgebender Stelle nicht überschätzt. Aber der Flügel der NSDAP. unter Führung von Dr. Goeb- bels und Reichstagspräsident Göring

wird das Ergebnis zweifellos als einen Er- folg seiner Politik betrachten, und somit ist man auch in der Umgebung des Kanzlers geneigt, mit einem baldigen Zusammentritt des Reichstages und somit auch mit einem offenen Ausbruch des Konflikts zu rechnen.

Unter diesen Umständen verfolgt der Kanzler in seinen augenblicklichen Bespre- chungen vor allem das Ziel, die Mög lichkeiten einer Verbreiterung sei- ner Regierungsbasis zur Stärkung seiner Position während der neuen poli- tischen Kämpfe, die bevorstehen, nach jeder Richtung hin zu sondieren. Dabei spielt die Konstruktion eines Kabinetts unter Ein- beziehung von Hugenberg, Gregor Strasser und Stegerwald bei allen Schwierigkeiten, die sie in der Praxis auf- wirft, nach wie vor eine erhebliche Rolle.

Vom Reichstag

Berlin, 17. Januar. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag die große finanz- und wirtschaftspolitische Aussprache fort- gesetzt, und zwar besonders über die Wirt- schaftspolitik im Anschluß an die Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Warm- hold, der den Ausschlußberatungen bewohnte. Die Aussprache eröffnete Abg. Dr. Hilfer- ding (Sozialdemokrat), der auf die Bedeutung der internationalen Wirtschaftspolitik der Zu- kunft hinwies und in diesem Zusammenhang Ausführungen des Ministers über die Agrar- krise vermischte.

Der japanisch-chinesische Konflikt

Die Tagung des Neunzehnerausschusses

Genf, 17. Januar.

Die Völkerverhandlungen zur Bei- legung des chinesisch-japanischen Konfliktes wurden gestern nachmittag im sogenannten Neun- zehnerausschuß wieder aufgenommen. Der Vorsitzende Symans hat sich im Ver- ein mit Sir Eric Drummond in den letzten Tagen erfolgreich bemüht, die Zu- stimmung Japans zu den Entschlie- sungen des Neunzehnerausschusses vom 19. Dezember zu erlangen, die damals von beiden Parteien abgelehnt worden waren. Entsprechend den japanischen Wünschen sind in den Entschliebungen nicht unwesentliche Änderungen vor- genommen worden, u. a. die, daß Amerika und Rußland nicht in die Vermittlungs- aktion einbezogen werden sollen und daß die auf den Mandschukuo bezüglichen Teile der Entschliebungen weggelassen sollen. Den Abänderungsanträgen der chine- sischen Delegation ist offenbar nicht Folge geleistet worden. Nunmehr wird von chine- sischer Seite mitgeteilt, daß die auf japa- nischen Wunsch vorgenommenen Änderun- gen der chinesischen Delegation überhaupt nicht mitgeteilt worden seien. Der

Führer der chinesischen Delegation, Dr. Yen, hat ein scharfes Protestschreiben an Symans gerichtet.

Amerikas Politik

im chinesisch-japanischen Konflikt

Washington, 17. Januar. (Reuter.) Wie verlautet, hat die Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Ergebnisse der vor- kurzem in New York abgehaltenen Konfe- renz zwischen Roosevelt und Stimson In- struktionen an die amerikanischen Botschafter in London und Paris sowie an den Konjul der Vereinigten Staaten in Genf gerichtet, in denen erneut auf die bisherige Linie der amerikanischen Politik im fernöstlichen Kon- flikt hingewiesen wird.

In Regierungskreisen hält man es nicht für wahrscheinlich, daß es gelingen könnte, in Genf eine feste Front zu bil- den, die imstande wäre, den Feindseligkeiten im Fernen Osten ein Ende zu setzen, wie man überhaupt wenig Hoffnung auf eine baldige Regelung des chinesisch-japani- schen Konfliktes hat.

Verwaltungsratsitzung der B. J. Z.

Basel, 16. Januar.

In der Verwaltungsratsitzung der B. J. Z. wurde der am 16. Januar fällige österreichische Kredit von 40 Millionen Schweizer Franken um ein Vierteljahr verlängert, desgleichen der am 18. Januar fällige ungarische Kre- dit von 20 Millionen Schweizer Franken und der am 28. Januar fällige jugoslawische Kre- dit von 20 Millionen Dollar.

Zu den Besprechungen der Notenbank- leiter am Sonntag meldet die „Neue Zür- cher Zeitung“, daß auch eine Besprechung zwischen dem Reichsbankpräsidenten und dem aus- den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Prä- sidenten des Verwaltungsrates Max Garah stattgefunden habe, in der Max Garah Dr. Luther mitgeteilt haben soll, die Federal Re- servebank of New York sei geneigt, der Ver- längerung des deutschen Kreditkont- kredites von 86 Millionen Dollar zu 4 Prozent ihre Zustimmung zu geben, sofern von diesem Kredit 20 Millionen Dollar zurückgezahlt würden.

Gesucht: ein „großer Botschafter“

**Gebt uns einen Barrère wieder!
Wird es De Jouvenel sein?**

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Dr. J. Rom, Januar.

Wieder einmal ein „Jahr der Entschei- dung“. Für die Krisis, wie es heißt, für die große Politik, die in Wirklichkeit ge- meint ist. Für jenes Europa, mit dem sich Frankreich identifiziert, lautet die Frage einfach: Wie sprengen wir Deutschland und Italien auseinander? Wobei als richtig unterstellt wird, was noch zu beweisen wäre —, daß nämlich der alte Dreibund in etwas veränderter Form schon wieder vor- handen sei und nicht mehr und nicht weni- ger als eine Schicksalsgemeinschaft für Rom erscheine. Auch Ungarn, Bulgarien, durch eine königliche Heirat verbunden, und die Türkei gelten als bereits gewonnen. Und der bewährte Zündstoff ist in Serbien reich- lich vorhanden.

So sieht man die Dinge jedenfalls in Paris an und ruft daher mit wachsender Nervosität nach dem „großen Botschafter“, einem neuen Barrère, dem die gleiche Aufgabe wiederum zufalle, wie sie 1914/15 so überaus glücklich gelöst worden sei. Das Journal des Debats fügt auch sogleich hinzu, wie die Sache angepaßt werden müsse: Schluß mit den bisherigen Taktverfälschungen! Daß der Quai d'Orsay entschlossen sei, eine radikale Aenderung herbeizuführen, Italien, koste es, was es wolle, herüberzuziehen, wi- sen „Intransigents“ wie „Libertés“. Man müsse die Sentimentalitäten über Bord werfen, nicht immer mit pathetischem Augenaufschlag von der lateinischen Schwe- ster schwärmen und die lateinische fraternité anrufen, denn es habe sich herausgestellt, daß das faschistische Italien für solche Man- dolinenkandeln taub sei. Reale Ange- bote, also!

Die Stunde hat geschlagen, vorwärts! Der gute De Beaumarchais ist trotz seinem vie- len Hin und Her zwischen Rom und Paris mit leeren Händen gestorben, sehen wir also einen Mann auf den Botschafterstuhl, einen Marschall, mit einem Wort einen Barrère! Hat nicht der Senator Henry Berenger, Vorsitzender im Auswärtigen Ausschluß, vom römischen Voltalongreß die Ueberzeugung mitgebracht, daß man Ita- lien gewinnen könne, wenn man nur den Faschismus streiche? (Und das ist wahr, so überschwänglich hat noch selten ein Aus- länder das Wehbrauchschaf vor dem Duce und dem Vektorenbündel geschwungen, wie die- ser Senator.) Sagt er nicht, daß Rom schon mit einem Kolonialmandat zu fördern sei? Und sollte es nicht anbeigen, nun, so kann man mindestens einen Keil zwischen Italien und Deutschland treiben, indem man dem ersten die Kolonien des andern offeriert. Gangen wir mal mit Syrien an, das ist am ungefährlichsten, sprengt aber immerhin bereits den „Weg nach Bagdad“, der den Deutschen so am Herzen liegt. War nicht ein Kollege Berengers einmal hoher Kommissar für Syrien? Doch: Henry de Jouvenel! Ausgezeichnet. The right man on the right place!

Und so präferierte man ihn zum Jahres- wechsel dem Duce als Regenten für den Palazzo Farneße, als den ersehnten großen Botschafter.

De Jouvenel wurde mit seiner Wahl an der blauen Kiste „überrast“ und be- eilte sich mit der höflichen Bescheidenheit, die den Politiker von Rang auszeichnet zu versichern, daß er sich der schweren Aufgabe kaum gewachsen fühle. Nimmt aber viel-

Heute Bericht über den Mordprozeß vor dem Pozner Standgericht über die Mörder des Geistl. Prof. Maslowski.

leicht doch an. In der deutschen Botschaft weht man schon die Rittgen, und der neue Herr in der Villa Volkonsky, von Hassell, ist froh, daß er kein o in seinem Namen hat. Denn böse Zungen verbreiten die Mär, alle die mit einem o gezeichneten Botschafter des Reiches in Rom hätten ihm nur Unglück gebracht. Vor allem Monts und Bülow.

Tritt man aus den diplomatischen Lehren ins Freie, in die harte Klarheit der römischen Sonne, so will es einem allerdings scheinen, als ob das Duell nicht übers Schnupstuch hinweg entschieden werden könne, als ob auch Italien dabei mittedreden habe, das Italien von 1933, das nicht das willensschwache Kind von 1914 ist. Es ist in einer Kriegsschule groß geworden, es ist mit seinen Schwächen fertig geworden und bringt einen ungewohnt energiegelassen Ton in das feine Spiel der Kabinette. Es fragt zum Beispiel nur: Wollt Ihr eure Hand von Serbien zurückziehen, wollt Ihr das Mare nostrum ohne Umschweife anerkennen? Und schon wird der große Botschafter um eine klare Antwort verlegen sein.

Das größte holländische Theater bis auf die Grundmauern abgebrannt

Rotterdam, 17. Januar. In dem hiesigen Theater „Arena“, das das bisher größte holländische Theater darstellte, brach gestern ein Brand aus, der bald eine gewaltige Ausdehnung annahm und in wenigen Stunden das umfangreiche Gebäude bis auf die Grundmauern zerstörte. Die Bühnenarbeiten wurden durch den starken Frost sehr erschwert.

Schauerliches Drama in einem ungarischen Weinberg

Budapest, 16. Januar. In einer ungarischen Landgemeinde hat sich Sonnabend in einem Weinberg ein schauerliches Familiendrama abgespielt. Die Frau eines Winzers, die mit ihrem Manne in ständigem Hader lebte, sah den teuflischen Plan, ihn lebendigen Leibes zu verbrennen. Nachdem sie den Rückenherd tüchtig angeheizt hatte, forderte sie ihren minderjährigen Sohn auf, ihr behilflich zu sein, den

bereits im Bette liegenden Vater mit einem Strid zu jesseln. Der unglückliche Mann wurde hierauf auf die glühende Herdplatte gelegt. Auf seine fürchterlichen Schmerzensrufe stürzten die Nachbarn herbei, die den bereits bewußlos gewordenen nur mit großer Mühe aus seiner furchtbaren Lage befreien konnten. Die entmenschte Frau versuchte hierauf, von Gewissens-

bissen geplagt, sich zu erhängen, doch vereitelte ihr Sohn dieses Vorhaben. Als jedoch später Gendarmen den Knaben verhörten, gelang es ihm, in einem unbewachten Augenblick sich in den Brunnen zu stürzen, von wo man sie nur noch als Leiche bergen konnte. Der Winzer liegt mit sehr schweren Brandwunden hoffnungslos darnieder.

Der Innenminister vor dem Budgetausschuß

(Telegr. unseres Warschauer Berichterstatters)

A. Warschau, 17. Januar.

Im Budgetausschuß des Sejm wurde gestern der Haushaltsvoranschlag des Innenministeriums besprochen. Innenminister Pieracki hielt eine Programmrede, in welcher er die Kommunisten mit schwerster Verfolgung bedrohte. Er machte einen Unterschied zwischen solchen Parteien, die sich streng auf den Boden des Parlamentarismus stellen, auf dem sie gegen die Regierung nichts erreichen können, und den anderen Parteien, die nach Ansicht der Regierung systematisch die öffentliche Ordnung zu untergraben beabsichtigen. Pieracki warnte die Nationaldemokratie, weiter verschiedene Teile der polnischen Bevölkerung gegeneinander aufzuheizen, und die Bauernpartei davor, weiter Zusammenstöße mit der Polizei wie in Łatanów herbeizuführen. Jeder Terrorakt und jede Gewalttätigkeit werde durch den Staat auf das schärfste geahndet werden. Jede Organisation, deren Tätigkeit nicht mit der in den Statuten in Aussicht genommenen Tätigkeit übereinstimme, und die sich nicht entsprechend den gesetzlichen Vorschriften verhalte, wie die ukrainische „Selrob“ oder das nationaldemokratische „Lager des Großen Polen“, werden aufgelöst und verboten werden.

In der Diskussion beschwerten sich die ukrainischen Abgeordneten über die systematische Schikanierung des ukrainischen Schul- und Vereinswesens. Sie erklärten,

daß unter dem Vorwande, es müsse eine staatliche Aufsicht über ihre Institutionen geführt werden, die Tätigkeit dieser Institutionen stark eingeschränkt und teilweise unterbunden wurde. Besonders das ukrainische Schulwesen habe in der letzten Zeit unter dem von der Geheimpolizei ausgeübten Überwachungsdienst schwer zu leiden. In dieser Sache sagte der Innenminister eine Untersuchung zu.

Die Nationaldemokratie ließ durch ihre Redner erklären, daß sie keine Schuld an den antisemitischen Ausschreitungen in Polen trage; die antisemitischen Ausschreitungen seien dadurch entstanden, daß in Warschau und anderen größeren Städten die Juden über die friedlichen nationaldemokratischen Studenten hergefallen seien.

Die P. P. S. führte Beschwerde darüber, daß die Polizei das Durchführen der Arrestanten zum System erhoben zu haben scheine. Der Abg. Ciotkowski erklärte, daß die meisten Übergriffe von Polizeibeamten straflos blieben; wenn auch im letzten Jahre 20 Polizisten wegen des Prügelns von Arrestanten bestraft worden seien, so lebe doch die Zivilbevölkerung in der Ueberzeugung, daß es nirgends eine Stelle gebe, bei der man gegen die Übergriffe der Polizei Schutz finden könne.

Die Regierungspartei wies ihrerseits auf die außerordentlich schwierige materielle Lage der Polizeibeamten hin, auf die die 25 Selbstmordversuche zurückzuführen seien, die sich in den letzten 10 Monaten in der Polizeimannschaft ereignet haben. Seit 1926 seien in der Polizei der Offiziersstand von 1108 auf 774 und der Mannschaftsstand von 33 300 auf 28 200 vermindert worden. Die Diskussion war heute morgen um 5 Uhr noch nicht beendet.

Spionageprozeß

Drei Todesurteile

In Gdingen haben drei Spionageprozeße stattgefunden. Angeklagt waren vor dem Standgericht der 28jährige Sohn eines Dampfmaschinenbauers, Paul Priebe, und der 33jährige Kaufmann Edgar Koch aus Danzig, denen vorgeworfen wurde, die Bekanntschaft mit dem jungen Feldwebel Jan Kropidowski benutz zu haben, um in der Zeit vom März bis Dezember verschiedene photographische Aufnahmen von Anlagen des Heeres und der Flotte gemacht zu haben. Das Gericht verurteilte Priebe und Koch zum Tode, zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zur Tragung der Gerichtskosten in Höhe von 600 Zloty. Der Staatspräsident hat von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht und die Todesstrafe der Verurteilten in lebenslängliches Gefängnis umgewandelt.

Kropidowski wurde vom Admiralsgericht zur Degradation und zum Tode durch Erschießen verurteilt. Hier machte der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch, so daß der Feldwebel gestern nachmittag hingerichtet wurde.

Von der Angestelltenversicherung

A. Warschau, 17. Januar. (Eig. Telegr.)

Wie verlautet, werden die teilweisen Zahlungseinstellungen der Angestellten-Versicherungsinstitute auf eine Anweisung des Ministeriums für soziale Fürsorge zurückgeführt, das die Aufsicht über diese Institution ausübt. Das Ministerium hofft dadurch, daß den arbeitslosen Angestellten die Unterstützungssätze um 60 Prozent gekürzt werden, eine monatliche „Ersparnis“ von 1,2 Millionen zu erzielen. Von der Kürzung der Unterstützungssätze werden mehr als 10 000 Angestellte betroffen.

Prohibitionsaufhebung auch für Wein in U. S. A.?

New York, 14. Januar. Der mit der Prohibitionsfrage befaßte Rechtsausschuß des Senats beschloß, auch 3,05prozentigen Wein freizugeben. Ein entsprechender Zusatz soll der Vorlage eingefügt werden, die am 21. Dezember v. J. im Repräsentantenhaus angenommen wurde und die 3,2prozentiges Bier freigibt.

Lloyd George 70 Jahre

Am Vorabend seines 70. Geburtstages hat Lloyd George der liberalen Zeitung „News Chronicle“ einige Anfragen beantwortet, die zeigen, daß er sich von seiner politischen Zukunft noch größere Hoffnungen macht. Lloyd George wurde gefragt, was er für den Höhepunkt seiner politischen Karriere halte. Er antwortet, keiner, der wirklich etwas Wertvolles tut, liebe es, sein Lebenswerk als eine Karriere zu betrachten. Dies sei bei allen großen Politikern stets der Fall gewesen, bei Gladstone, bei Joseph Chamberlain, bei Balfour, bei Asquith und bei ihm selbst. Die Frage laute nicht, welches der Höhepunkt der Karriere gewesen sei, sondern ob nicht noch etwas Größeres zu tun übrig bleibe. Lloyd George berichtet, daß vor einigen Jahren ein Geistlicher ihm mit prophetischem Geiste zurief, Gott hätte noch eine größere Aufgabe für ihn; die er lösen müsse. Welche größere Aufgabe dies sei, sagte Lloyd George, das wisse er nicht. Er fühle sich aber bereit und stark genug, sie zu lösen, wenn die Aufgabe an ihn heranträte.

Auf die Frage, ob er glaube, noch einen anderen Krieg zu erleben, sagte Lloyd George, niemand könne das wissen, er erwarte keinen neuen Krieg; aber auch im Juni 1914 habe er keinen Krieg erwartet (!)

Die gegenwärtige Weltkrise hat Lloyd George mit einer großen Skepsis über die politische Führung der Welt erfüllt. Die beiden einzigen Männer, die wirklich verstanden, was in der Welt heutzutage los sei, seien Mussolini und Stalin. Leider verfügten diese beiden einzigen wirklichen Führer nicht über die Mittel, um die Krise zum Besten der Welt zu bekämpfen. Die Führer der anderen Völker aber hätten keine konstruktiven Ideen und auch keine konstruktiven Fähigkeiten.

Ueber den auch in England beklagten Niedergang des Parlamentarismus befragt, erklärte Lloyd George, das Parlament hänge stets von der Qualität seiner Führung ab. In den 43 Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit hätte er keinen einzigen Fall erlebt, in dem das Parlament unabhängig von der Führerschaft eigene Wege gegangen sei. Wenn die Führerschaft stark sei, sei auch das Parlament stark, wenn die Führerschaft schwach sei, verjage auch der Parlamentarismus.

Lloyd George erklärte schließlich, daß er dem offiziellen Liberalismus, wie er in den beiden bestehenden liberalen Parteien organisiert sei, endgültig Lebewohl sage.

Aus Kirche und Welt

Für die polnischen Bewohner in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen erscheint seit Beginn des neuen Jahres eine neue Tageszeitung „Głos pogranicza i laszuba“. Bisher erschien für diesen kleinen Grenzabschnitt polnischer Bevölkerung in der Grenzmark Posen-Westpreußen als Wochenbeilage zu der Allensteiner „Gazeta Olsztynska“ der „Głos pogranicza“.

In Deutschland gibt es gegenwärtig 11 bis 12 Millionen Menschen, die von Unterernährung leben. Davon sind etwa 2,6 Millionen Wohlstandserwerbslose, 300 000 Kleinrentner, 650 000 Sozialrentner und 550 000 sonstige Hilfsbedürftige. Ferner sind nahezu 650 000 Arbeitslosenunterstützungsempfänger zu berücksichtigen und 1 131 000 Krisenunterstützte. Wenn man zu diesen Zahlen noch die in Frage kommenden Angehörigen hinzurechnet, so kommt man auf die Zahl von nahezu 12 Millionen.

Der Oberste Gerichtshof hat das Urteil bestätigt, das gegen einen Priester der polnischen Nationalkirche, Banasik, ergangen war wegen des Tragens der römisch-katholischen Soutane. Eine Berufung gegen das Urteil, das in erster Instanz schon am 23. November 1931 gefällt worden ist, ist nicht mehr möglich.

Die Kirchensynode des Kantons Zürich hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der geordert wird, daß jede Waffen- und Munitionslieferung durch die eidgenössischen Werkstätten an das Ausland eingestellt werde. Die Synode empfindet die Tatsache, daß auf dem Boden der Schweiz Kriegsmaterial in erheblichem Umfang hergestellt und an ausländische Staaten geliefert werde, als einen unerträglichen Widerspruch zu einer tieferen Auffassung der schweizerischen Neutralität und als eine Preisgabe der Friedensbotschaft des Evangeliums.

In Japan ist ein Schutz- und Fürsorgegesetz für Kinder unter 14 Jahren aufgestellt worden, das die Behauptung, Japan sei das Paradies der Kinder, erhärtet. Das neue Gesetz sieht eine Art staatlicher Fürsorgeerziehung vor für die Kinder, die von ihren Eltern oder Vormündern mißhandelt oder an Leib und Seele gefährdend erzogen werden. Insbesondere sollen sie bewahrt werden vor der Ausbeutung in öffentlichen Schaustellungen, als Akrobat, Kunstreiter und vor Bettelerei auf Grund körperlicher Gebrechen sowie vor Prostitution.

Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik zählt die evangelische Landeskirche augsburgischen Bekenntnisses in Rumänien 378 274 Glieder. Die Mitgliederzahl ist im Laufe eines Jahres um rund 2900 gestiegen, die Zahl der schulpflichtigen Kinder beläuft sich auf 52 870.

Willy Burmeister †

Mit außerordentlichem Bedauern wird in den weitesten Kreisen die Nachricht aufgenommen worden, daß heute Willy Burmeister gestorben ist. Gehörte der weltberühmte Geiger doch zu den vollstimmigsten Erscheinungen. Jahrzehntlang waren seine Konzerte überfüllt. Sein Spiel faszinierte alt und jung mit der souveränen Sicherheit und dem hinreißenden Schwung, die ihm eigen waren. Zu seinem 50jährigen Künstlerjubiläum wirkte ihm der Hamburger Senat den Beschluß mit, nach ihm eine Straße zu benennen. Noch für einen der nächsten Abende hatte er ein Konzert in Hamburg angekündigt, und nun wird der Tag, der ihm neue Beweise der Verehrung und Bewunderung bringen sollte, ihn nicht mehr unter den Lebenden finden.

Unter den großen Meistern der Geige, deren Spiel und Persönlichkeit sich in jeweils ganz charakteristisch abgegrenzter Art und Atmosphäre des künstlerischen Bereiches ausprägte; unter den heute klassisch gewordenen Künstlern seiner Epoche, einem Kreisler, Huberman usw. hatte sich Burmeister seinen eigenen „virtuellen“ Typ geschaffen. Man hat — und das natürlich mit Recht — Burmeister gerne einen Meister der Kleinkunst genannt, der schon vor Fritz Kreisler (auch als Bearbeiter) die Spezialform des „kleinen Stüdes“ schuf und mit der Meisterschaft, dem Feinschliff seiner Technik zu einer selbständigen Kunstform und feinsten Konzertanten Wirkung erhob. Trotzdem wäre es einseitig, Burmeister nur nach dieser Richtung hin zu bewerten, als Künstler kühler oder salonhaft artistischer Werte. Im Laufe seines künstlerischen Wirkens und Wachstums war Burmeister, der in seinen Konzertprogrammen den großen klassischen Werken der Violinliteratur ein nicht minder intensives Studium zuwandte, stets ein sehr gebildeter, von der Warte eines universal gebildeten Musikertums ausgestalteter Interpret von Kammermusikwerken und der symphonisch gerichteten Literatur seines Instruments. Als solcher ließ er in diese Werke die norddeutsche gefestigte, vornehme und jedem Schein abholde tiefere Seite seines Musikertums einfließen, die eine Ergänzung zur anderen Hemisphäre seiner Kunst, der bezaubernden, einmischelnden Kunst des Virtuosen, bildete. Sie befähigte ihn auch, vor einigen Jahren als Dirigent an die Öffentlichkeit zu treten und erfolgreich zu erweisen, daß eine an Ehren und Lorbeeren reiche Virtuosenlaufbahn ihm nicht den Horizont für alles das, was echt und groß in der Kunst ist, verengt hatte. Und wenn Fritz Kreisler in keiner violinistischen Kunst ganz reines und ungetrübtes Oesterreichertum verkörperte, so kann man sagen, daß Willy Burmeister in der Front der großen „historischen“ Künstler seines Instrumentes echtes, zu internationaler Geltung gewachsenes norddeutsches Wesen als virtuoser wie gestaltender Typus ausprägte. Als solcher wird ihn die Welt nicht

vergessen und seinen Namen unter denen, die für deutsche Kunst und deutsche Musik wirkten, in ehrendem Gedächtnis zu halten haben.

Bayern und Preußen

Bekenntnis eines Preußen

Von Victor Auburtin †.

Im Münchener Hauptbahnhof ist ein Zigarrenladen. Vor diesem Zigarrenladen hat sich eine lange Menschenmenge gebildet, die hauptsächlich aus Bayern, aber auch aus mir, einem Preußen, besteht. Der Bayer vor mir trägt einen Rucksack, und da er der Meinung ist, daß es außer ihm keine Menschen in der Welt gibt, so macht er plötzlich eine Drehung und haut mir seinen Rucksack in den Magen.

„Entschuldigen Sie,“ flüsterte ich, einer Ohnmacht nahe. Aber das hätte ich lieber nicht sagen sollen, denn dem Klang meiner Worte hat der Bayer angehört, daß ich ein Preuße bin. Und nun hält er auf Bayerisch eine heftige Rede über das Thema, daß die Münchener sich nächstens aus ihrem eigenen Bahnhof nicht mehr umdrehen können vor lauter Preußen.

Ein großer Kreis bildet sich um uns beide, und es läßt sich nicht verkennen, daß die Menge eine drohende Haltung gegen mich anzunehmen beginnt. Da entweiche ich vorsichtig, um mich selbst vor Tätlichkeiten und das Reich vor einem bayerisch-preußischen Zwischenfall zu bewahren.

Nun, daß die Bayern uns nicht lieben, ist bekannt, und darüber sind keine Worte mehr zu verlieren. Aber die Frage wäre doch einmal auch von der anderen Seite her zu stellen.

Hassen wir Preußen die Bayern? Mitnichten. Machen wir uns über München lustig, wie sie sich über Berlin? Weit gefehlt. Hat jemand bei uns schon einmal von Saubayern gesprochen? Nicht, daß ich wüßte.

Im Gegenteil, wir Preußen lieben die Bayern, das haben wir so an uns. Gerade die größten norddeutschen Geister fiedeln sich in München an, weil ihnen nur dort das Leben einigermaßen erträglich erscheint. Und auch in der Masse ist das so Gebrauch: einmal im Jahre müssen sie nach Bayern reisen, wohin das Herz sie zieht. Vorher verkleiden sie sich als Bayern und lernen die bayerische Mundart, obgleich diese Mundart zu den schwierigsten Idiomen der indogermanischen Sprachenfamilie gehört. Und dann find sie stolz, wenn sie am Odeonsplatz den Schuhmann (der eine Fiedelhaube trägt) fragen können: „I bitt Gahna, wie kumm i nach dera Pinakotheken?“

Bei ihnen das Mißtrauen, bei uns die Liebe, die nicht erwidert wird und nicht vergast. So daß wir Preußen vielleicht doch die besseren Menschen sind, obgleich man es uns von außen allerdings nicht recht ansieht.

Stadt Posen

Dienstag, den 17. Januar

Sonnenaufgang 7.54, Sonnenuntergang 16.12.
Mondaufgang 23.14, Monduntergang 9.57.
Heute 7 Uhr früh: Temperatur der Luft — 8 Grad Celsius. Stürme. Barometer 748. Bewölkt.

Gestern: Höchste Temperatur — 7, niedrigste — 8 Grad Celsius.
Wasserstand der Warthe am 17. Januar — 0,31 Meter gegen — 0,44 Meter am Vortage.

Wettervorhersage für Mittwoch, 18. Januar. Vorwiegend bedeckt, geringfügige Schneefälle, bei östlichen Winden wieder etwas kälter.

Theater Mieffki. Dienstag: „Dolly“. Mittwoch: „Rigoletto“. Donnerstag: „Jarewitsch“.

Theater Kollki. Dienstag, Mittwoch: „Dzimbis“.

Theater Nowy. Dienstag, Mittwoch: „Saphir“.

Komödien-Theater. Dienstag: geschlossen. Mittwoch: „Jim und Jill“.

Städtisches Museum mit Radio-Abteilung (ulica Marja Jozha 18): Besuchszeit: Wochentags 10—14 Uhr. Sonn- und Feiertags 10—12½ Uhr. Donnerstag und Sonntag Eintritt frei.

Kino Apollo: „Filmverrückter“. (5, 7, 9 Uhr.)

Kino Colosseum: „Das graue Haus“. (5, 7, 9.)

Kino Metropol: „Bestiegte Sieger“. (½5, ½7, ½9 Uhr.)

Kino Slonce: „Die Nacht des Chinesen Tong“. (5, 7, 9 Uhr.)

Kino Wilona: „Die Sünderin“. (5, 7, 9 Uhr.)

Jetzt gilt's!

Mit den Sammlungen vor Weihnachten und den Weihnachtsgeschenken haben die Aufgaben der Winterhilfe keineswegs ihr Ende gefunden. Noch liegt ein langer Winter vor uns, und die zunehmende Kälte mahnt uns daran, wie viele jetzt kein warmes Stübchen, keine warme Kleidung und kein warmes Essen haben. Diese Mahnung sollte unablässig zu uns reden, bis wir unsere Herzen und Hände weit aufgetan haben um der Winterkälte durch die Winterhilfe zu begegnen.

In der Theateraufführung „Großstadtluft“, die am Donnerstag dieser Woche, abends 7 Uhr, im Anschluß an die Tagung der Welaga stattfindet, wird mit dem Kartendruck Mittwochs, 18. d. Mis., in der Gegend. Vereinsbuchhandlung begonnen. In der Hauptsache ist der Saal nur für die bittigen Plätze (Preis 0.99 Zloty) zugänglich 5 Groschen für das rote Kreuz und 5 Groschen für die Arbeitslosen) freigehalten, während eine ganz geringe Zahl von Karten für die teureren Plätze vorgehalten ist. Es dürfte daher jehermann möglich sein, der Aufführung dieses überaus lustigen Schwanke beizuwohnen.

X Verletzungsfall. In der Nähe des Hauptbahnhofes stieß die Autodroschke 213 mit einer anderen zusammen, wobei letztere demoliert wurde. Der in der Autodroschke sitzende Passagier, Kreis-Veterinärarzt Dr. Leon Sinda, ulica Matejki 51, erlitt schwere Verletzungen, wogegen die mitfahrende Tochter nur leicht verletzt wurde. Der Arzt der Bereitschaft ordnete die Ueberführung des Dr. Sinda in das Städt. Krankenhaus an.

Einbrecher im Juwelierladen

X Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonntag in das Juweliergeschäft der Firma Wolkowicz, ulica 27. Grudnia 9, verübt. Die Einbrecher drangen durch das in der 1. Etage über dem Juwelierladen liegende leerstehende Geschäft, indem sie die Decke durchbohrten und durch die Öffnung sich in das Geschäft an einer Leine herunterließen. Im Kontor wurde der dort befindliche eiserne Tresor aufgeknackt und sämtliche dort vorgefundenen Wertgegenstände gestohlen. Der Schaden konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Einbruchsdiebstahl wurde von Herrn Wolkowicz erst Sonntag abend entdeckt, der sofort die Polizei benachrichtigte.

Wichtig für Waldbesitzer

Nach einer Verordnung des Staatspräsidenten können Wälder von einer Fläche unterhalb 30 Hektar, die kein Staatseigentum sind, ohne einen bestätigten Waldbewirtschaftungsplan genutzt werden. In diesen Wäldern können Flächen bis 1 Hektar jährlich ohne Genehmigung des Landratsamtes abgeholzt werden. Die Abholzung von Flächen über 1 Hektar jährlich bedarf einer vorherigen Anmeldung und Genehmigung des Landratsamtes. Falls das Landratsamt vor Ablauf von 2 Monaten vom Tage der Anmeldung die Abholzung nicht verbietet, kann der Waldbesitzer dies als Erlaubnis für Abholzung betrachten. Abgeholzte Flächen müssen vor Ablauf von 3 Jahren, gerechnet vom 1. Juni des der Abholzung folgenden Jahres, wieder angeforstet werden. Waldbesitzer, die vor dem 1. Juli 1927 ihres Baumbestandes beraubt worden sind, müssen bis zum 1. Juli 1933 wieder angeforstet sein. Zuwiderhandlungen werden nach den bestehenden Vorschriften bestraft.

Wieder Standgericht

Der Mord an dem Geistlichen Dr. Masłowski

Große Teilnahme der Bevölkerung — Die beiden Raubmörder Grelka und Bednarczyk — Vernehmung, Widersprüche, die Zeugen Die Beweisannahme verlagert — Urteil am heutigen Dienstag

erst. Posen, 17. Januar.

Zuerst glaubte die ganze Stadt, das Standgericht würde noch heute, Montag, mit dem Prozeß gegen die Mörder des Geistlichen, Prof. Dr. Masłowski fertig werden, der kurz vor Jahresende ermordet wurde und dessen Tod so gewaltige Erregung in der Stadt Posen hervorrief. Aber das war alles doch nicht ganz so einfach, und der Vorsitzende, der bei aller geistigen Ueberlegenheit und Ruhe, die er im Verfahren an den Tag legte, hatte einen sehr ernsten Stand. Gewissenhaftigkeit ist ja seine erste Aufgabe. Und wenn dem Laien manchmal nicht einleuchten mag, warum gerade sehr nebelschleiernde Fragen gestellt werden, so wird dem aufmerksamen Beobachter doch sehr bald klar, daß nicht zwecklos gefragt wird.

Es ist das ganze Verfahren nicht einfach. Der eine Mörder, der auch den tödlichen Schuß abgab, es ist

der noch sehr junge Bednarczyk, bekennt sich zur Tat — Grelka, der nach diesen Angaben der Anklage gewesen sein soll, leugnet.

Das heißt, er leugnet sehr geschickt; er windet sich aus den Situationen, er trägt bei allen Antworten zwar den Stempel der Eüghenhaftigkeit an der Stirn, aber er leugnet doch. Und zwar sehr raffiniert, indem er nur die zwei Stunden am Freitag, dem 30. Dezember, leugnet, in denen die Tat geschah. Von dem Augenblick ab, wo die beiden gemeinsam zum Trödlern gingen, um ihre Sachen zu wechseln, bekennt er sich wieder zu jedem Schritt. Bis zu dem Ueberfall bei Schroda. Grelka ist bereits die wiederholte Eüghenhaftigkeit nachgewiesen worden. Denn den Ueberfall bei Schroda leugnet er zuerst auch, bis er ganz am Ende bei Gegenüberstellung des Ueberfallenen erst zugibt, daß er mit dabei war.

Mit einem Menschen, der den Eindruck der Eüghenhaftigkeit macht, muß nun der Vorsitzende besonders ruhig umgehen, um ihn zu ertappen, und ihm die Schuld nachzuweisen. Bednarczyk, der sich zur Tat bekennt und Grelka schwer belastet, macht nur manchmal den Eindruck des Komödianten, besonders dann, wenn er

den lieben Gott zur Hilfe ruft und wenn er die „Vision des Galgens“ bekommt und bei diesen Zeichen seine Wahrhaftigkeit beschwört.

Zur Einleitung noch einige grundlegende Worte zum Prozeß, was das Publikum anlangt. Es hat sich in den letzten Jahren eine Sucht herausgebildet, solche großen Prozesse, die den ersten und traurigen Blick in die Abgründe der menschlichen Seele aufzeigen, zu einer Art Schaustellung zu benutzen. Nicht das Gericht ist daran schuld, nicht der leitende Richter, denn diese Männer sind sich durchaus ihrer ersten Stellung bewußt. Aber die Zuschauer. Es sind

Hunderte von Zuhörern erschienen, darunter meist sehr elegant angezogene Damen, die das traurige Schauspiel als eine Art Komödie zu betrachten schienen und gewisse Aussagen der Angeklagten komisch finden und dabei herzlich lachen! Nicht umsonst und nicht zu unrecht hat der Vorsitzende, Landgerichtspräsident Dr. Kornicki, dieses nicht der Würde des Gerichts entsprechende Verhalten scharf gerügt.

Es ist der gleiche Saal, in dem vor acht Tagen Bartoszewski verurteilt wurde. Der kalte Wintertag bildet wieder durch die großen Fenster, überall die Polizei im Dienst, Hunderte von Menschen, die Pressebank — leider war für die Pressebank nicht besonders gut geheizt, so daß nur ein Teil einen Sitzplatz hatte, das wurde erst am Nachmittag etwas besser. Endlich werden die Gefangenen hereingeführt, erst Bednarczyk, von vier Polizeibeamten umgeben, dann Grelka, ebenfalls von vier Beamten eskortiert. Alle Augen wandern zu den jugendlichen Gestalten hinüber, von denen einer wie der andere durchaus nicht den Typ des Schwerverbrechers zeigt.

Bednarczyk, der etwas starre Augen

hat, lacht ab und zu, Grelka, der einen sehr verstockten Eindruck macht, lächelt etwas zynisch.

Die Anwälte Baranowski und Lujanski, sehr ernst in ihrer schwarzen Toga, aber ruhig und vorläufig noch stumm.

Bewegung. Die beiden Staatsanwälte kommen. Der Oberstaatsanwalt mit dem leuchtenden scharlachroten Kragen, Herr Dr. Cimer, ist eine gedrungene Gestalt mit einem starken und markanten Gesichtsausdruck. Neben ihm steht der Ankläger, der auch die Untersuchung geführt hat, Staatsanwalt Elsnerowicz. Dann schrille Klingelzeichen, dreimal hintereinander, und der diensttunende Saalbeamte ruft mit lauter Stimme: „Bitte, aufstehen!“ Schnell und entschlossen kommt der Vorsitzende mit einem Aktenstück unter dem Arm, hinter ihm die beiden beistehenden Richter Dr. Cyprian und Sosinski. Das Gericht nimmt Platz, der Oberstaatsanwalt erklärt vor Eröffnung der Verhandlung aus formalen Gründen, der die Untersuchung führende Staatsanwalt werde alle Fragen stellen. Der Vorsitzende eröffnet die Verhandlung, prüft die Personalien der Angeklagten, dann ordnet er an, daß Grelka abgeführt werde, da er den Angeklagten Bednarczyk allein vernehmen wolle.

Hier Polizisten führen Grelka ab. Das Drama beginnt.

Die Verhandlung

Zunächst werden die 25 Zeugen vereidigt und wieder aus dem Saal geführt; schließlich beginnt die Vernehmung des Bednarczyk.

Der Angeklagte spricht deutlich und mit heller Stimme, verbirgt sich höflich bei allen Fragen und gibt eine Darstellung seines Lebens. Er hat die Mutter verloren, als er elf Jahre alt war, der Vater starb, als er 15 Jahre alt war. Die Schule hat er nur drei Jahre besucht, dann vagabundierte er durch die Welt, ernährte sich durch Bettel, gelegentliche Arbeit; er aß mal hier, mal dort, fuhr als „Blinder Passagier“ von Czestochowa — das ist seine Geburtsstadt und sein Spitzname — nach Posen, nach Danzig, wieder zurück; es gelang ihm immer. Dann stahl er irgendwo, kam ins Gefängnis und ist viermal vorbestraft. Beim Militär war er nicht, denn er hat sich niemals gemeldet. Im Gefängnis lernt er allerlei „Kollagen“ kennen.

Wieder entlassen, „wohnt“ er in den Forts vor der Stadt.

In einem Asyl für Obdachlose. Dort lernt er auch Grelka kennen. Dann verlieren sie einander aus den Augen. Schließlich kommt Grelka wieder aus dem Gefängnis, sie sprechen über die schlechten Zeiten, aber sie sagen, in Posen ist es noch nicht ganz so schlecht, da kann man noch verdienen.

Aber unter „Verdienen“ verstehen sie nicht Arbeit.

Sie beobachten und streichen durch die Stadt. Bednarczyk hat einen Revolver, und mit dem „läßt“ sich schon etwas verdienen. In der Martinststraße beobachten sie einzeln das Geschäft von Przynbka, die Kassiererin könnte man wohl überfallen. In der ehemaligen Wilhelmstraße (jetzt Al. Marinkowskifl.) wohnen sehr viele „Burghuis“, die sicher Geld haben, und schließlich gibt es noch allerhand andere Gassen, die dunkel und unbeobachtet sind. Sie schlendern über die Caponniere, durch die Breslauer Straße. Sie kommen auf den Gedanken, das meiste Geld haben doch eigentlich die Geistlichen — und am Dom ist es besonders finster und still. Schließlich kommen sie auf den Gedanken: „Wozu sind eigentlich Geistliche und Kirchen da? Es könnte doch so sein wie in Rußland; da sind die Pfaffen abgeschafft mit ihren biden Leibern; da sind die Kirchenschätze unter die Armen verteilt, da lebt man wenigstens, ohne daß man betteln muß“ und so weiter. Und

am Dom ist es still,

dort sind die „rechten Geistlichen“. Also werden sie einmal dort beobachten gehen, vielleicht ist dort was „zu verdienen“. Grelka sagt — immer nach der Aussage von Bednarczyk —:

„Bereite dich vor, mach den Revolver fertig. Heute muß etwas geschehen. Es ist Donnerstag in der Weihnachtswoche, nach dem Fest. Sie schlendern am Dom herum, halten Geistliche an, betteln um Zigaretten, um ein Almosen; sie bekommen 10 oder 20 Groschen und kaufen gleich dafür „Aromatita“. Vier Geistliche halten sie an, aber

Bednarczyk hat noch keinen „Mut“.

Da macht ihm Grelka auf dem Wege nach Hause Vorwürfe. Sie streiten miteinander, aber dann schlafen sie sich aus und verabreden sich am Freitag auf der Wallfischei. Es wird langsam dunkler, die Dämmerung legt sich auf die Stadt, durch die trüben Abendstunden halten einige Frauen. Sonst keine Seele. Da kommen die beiden an. Bednarczyk im kurzen Tüppchen, von Grelka geborgt, Grelka im braunen Mantel, die Mütze tief ins Gesicht gezogen, den Kragen hochgeschlagen. Sie wandern am Dom auf und ab, immer am Hause des Domherrn Prof. Dr. Steuer vorbei. Dann sehen sie einen Geistlichen kommen mit Paketen; sie halten ihn an, bitten um ein Almosen — es ist der Geistliche Professor Masłowski. Der sagt, er habe keine Zeit, und geht eilig weiter. Er geht in die Vikarie, wo er wohnt.

Der Mord

Wieder macht Grelka Vorwürfe, und Bednarczyk sagt, er würde jetzt den Nächsten um jeden Preis anhalten. Nach einer kurzen Pause kommt der Geistliche Prof. Masłowski wieder zurück. Da tritt ihm Bednarczyk entgegen und sagt „Hallo“, indem er ihm den Revolver vorhält. Grelka stürzt sich auf ihn, reißt ihm die Brusttasche aus der Rocktasche und nimmt Geld heraus, es kommt zu einer kleinen Kauererei, zu einem Wortwechsel, der Angeklagte weiß nicht mehr, was das war, und auf einmal sagt Grelka: „Bronet wal, bo owa ma Browning“. Lange Pause.

Vorsitzender: Nun und?

Bednarczyk: „Da wurde mir so dunkel vor den Augen, und da zog ich ab, der Schuß fiel, ich sah noch, wie der Geistliche wankte, und dann lief ich fort, Grelka hinter mir her. Wir liefen auf die Wiesen zum Elektrizitätswerk zu, und als wir beim Posener Schlachthof ankamen, gingen wir nur noch im raschen Schritt. Grelka gab mir das Geld und sagte: „Nimm zu dir, es sind 170 Zloty“ — aber es waren bloß 70 Zloty.“

Vor.: Was habt Ihr dann beide gemacht?

Bednarczyk: „Wir gingen zuerst in eine Bedürfnisanstalt.“

„Franz-Josef“-Bitterwasser fördert nachhaltig die Verdauung.

Vor.: So! Was hat Grelka dann gesagt? Bednarczyk: „Wir müssen die Stiefel hier eintauschen, damit uns die Polizei-Hunde nicht finden.“

Und dann gingen sie zum Trödlern in der Klosterstraße, sie wechselten ihre Sachen, kauften eine neue Zoppe, einen neuen Mantel, neue Schuhe. Sie bezahlten bar. Der Händler fragt die abgerissenen Gestalten, wo sie so viel Geld herhaben.

Sie sagen, sie kommen aus Deutschland von der Arbeit.

Da haben sie verdient. Der eine läßt seine Sachen da, der andere packt sie zusammen und wirft sie auf dem Neuen Markt in den Müllkasten. Dann essen sie Abendbrot, gehen ins Kino ins „Paradies der Waffische“, dann gehts zur Bahn, sie lösen getrennt Fahrkarten, übernachten dort, fahren nach Schroda, um dort Neujahr zu erleben. Und dann wandern sie wieder los.

Das Geld ist alle. „Vielleicht ist wieder etwas zu verdienen.“

Da kommt im Walde auf der Straße ein junger Mensch gefahren, den reißt Grelka vom Rad, während Bednarczyk den Revolver vorhält. Es gibt erst eine kleine Kauererei, dann gutwillig will der junge Biederknecht seinen Arbeitslohn, den er bei sich trägt, nicht abnehmen lassen, aber schließlich bekommt er doch Angst.

„Wenn du das Geld nicht gibst, fust ich dir eine Kugel in den Schädel“

— und er gibt das Geld her. Es sind etwas über 40 Zloty. Die Verbrecher verschwinden im Wald. Abends fahren sie nach Posen, werden dann gestellt und in der ehemaligen Glogauerstraße verhaftet. Der Grelka erst an der ehemaligen Herderstraße.

Und der andere

Grelka wird hereingeführt, nahezu zwei Stunden dauerte die erste Vernehmung. Grelka blickt verstockt, aber dreist den Richter an und verzichtet das Gesicht zu einem Lächeln, es sieht wie Fronte aus. Aber was es ist, kann man schwer sagen. Und dann erzählt er: Am Freitag sei er so durch die Stadt gegangen. Nein, er habe Bednarczyk nicht an der Wallfischei getroffen. Er war in der St. Martinststraße, der Breslauerstraße, am Alten Markt, habe den und jenen aus dem Asyl für Obdachlose ge-

Mein Garten

Ratgeber für Obst- und Gemüsebau, Blumenpflege und Kleintierzucht

Was die Pflanzen wollen

Die Zusammensetzung des Kulturbodens

Sand - Ton - Kalk - Humus - Wasser

Die Bestandteile des Bodens, die den Pflanzen zur Nahrung dienen können, sind für die Beurteilung eines Bodens als Kulturboden natürlich höchst wichtig, sie allein bestimmen seinen Wert für den Pflanzenbau jedoch nicht. Wir können sie unter einem allgemeinen Titel als chemische Eigenschaften zusammenfassen und kommen damit von selber zu der Frage, wie es mit den physikalischen Eigenschaften eines Bodens steht oder stehen soll.

Von physikalischen Eigenschaften kommen beim Garten- oder Ackerboden in Frage: Tiefgründigkeit, Feuchtigkeit oder wasserfassende Kraft, Durchlässigkeit und Wärme. Mit der Tiefgründigkeit meinen wir die Zugänglichkeit des Bodens für die Pflanzenwurzeln. Undurchlässige Schichten oder Grundwasser bilden für sie die Grenze. Unter wasserfassender Kraft verstehen wir die Fähigkeit des Bodens, in seinen Hohlräumen oder Poren Wasser festzuhalten. Diese Erscheinung beruht auf der Kapillarität oder Haarröhrenkraft, diese wieder auf der Adhäsion oder Anhängskraft des Wassers an die Bodenteilchen. In regenarmer Zeit muß der Boden gewisse Mengen des Grundwassers herausziehen, wie der Lampenocht das Petroleum. Auch diese Erscheinung beruht auf der Kapillarität. Sie ist beim Boden abhängig von der Größe des Bodenkornes. Je kleiner und feiner die Körner, um so kleiner die Hohlräume, um so mehr Wasser wird festgehalten. Man spricht hier von Grob- und Feinerde und bezeichnet als Feinerde die Bodenteilchen, die durch ein Sieb mit zwei Millimeter weiten Maschen hindurchgehen. Das Mengenverhältnis zwischen Grob- und Feinerde ist entscheidend für das physikalische Verhalten des Bodens. Im Gegensatz zur wasserhaltenden Kraft des Bodens hängt seine Durchlässigkeit gerade von seinem Gehalt an Groberde ab. Je größer die Bodenteilchen, desto größer die Hohlräume des Bodens, um so leichter verfließt dazwischen das Wasser.

Trockene Böden sind nun ebenso wenig zu gebrauchen wie nasse: dazwischen liegt der feuchte Boden. Trocken heißt ein Boden, wenn alle seine Hohlräume mit Luft, naß, wenn sie mit Wasser gefüllt sind. Ein feuchter Boden enthält Wasser und Luft nebeneinander. Da sich nun die Luft in den groben, das Wasser in den feineren Poren hält, so müssen beide Arten Poren vorhanden sein, und das ist der Fall, wenn sich der Boden aus Fein- und Groberde zusammensetzt. Diesen Anforderungen entsprechen am besten die mittleren milden Lehme. Aber auch sie sind noch nicht ganz so, wie wir uns den Kulturboden wünschen. Dieser muß enthalten Ton als mineralische Feinteile,

Sand als Grobteile, Kalk und Humus. Die letzten beiden gehören anfangs zur Groberde, gehen aber allmählich in Feinerde über und verschwinden schließlich ganz, wenn wir sie nicht regelmäßig dem Boden wieder zuführen. Der Humus ist in seiner chemischen Natur der höchst wichtige Nährboden für die Bakterien des Bodens, physikalisch wirkt er ausgleichend im Wassergehalt. Er macht die leichten Böden bindiger und feuchter, die schweren loderer und trockener. Außerdem erwärmt er den Boden, denn nur Böden mit genügend Durchlässigkeit sind zugleich warm.

Durch das mehr oder weniger auffällige Fehlen des einen oder anderen der genannten Hauptbestandteile des Bodens entstehen verschiedene Bodenarten mit charakteristischen Eigenschaften. In Sandböden leiden die Pflanzen unter zu großer Durchlässigkeit. Sie wird vermindert durch reichliche Humuszufuhr in Form von Kompost, verrottetem Dünger, Komposterde, Gründüngung. Kalk gibt man hier in Form von Mergel, weil dieser außer

kohlensaurem Kalk auch Ton enthält. Stalldünger und Humus werden in Sandböden schnell verbraucht, darauf muß der Bearbeiter solcher Böden achten.

Bodenarten mit wenigstens 65 Prozent Ton gelten als Tonböden. Sie sind sehr undurchlässig und deswegen naß und kalt, außerdem wegen ihrer Klebrigkeit schwer zu bearbeiten. Sie bedürfen oft der Entwässerung durch Dränieren. Zur Humuszufuhr verwendet man hier langen, strohigen Mist, also namentlich Pferdemist. Ferner gibt man Sand oder Steinkohlensche, die man so gut wie möglich mit dem Ton vermischt, ganz besonders aber Kalk, den man nur flach einbringt. Dadurch wird dem Ton seine große Bindigkeit genommen. Auch Laub und Moorerde helfen dabei mit. Gefalßt wird hier mit gebranntem Kalk. Ton und Sand gemischt gibt Lehm. Strenger Lehm enthält beide Stoffe zu gleichen Teilen, milde Lehme führen 60 bis 70 Prozent Sand. Bei einem Sandgehalt von mehr als 80 Prozent spricht man von lehmigem Sand.

Die Böden mit 20 bis 40 Prozent Ton sind für den Pflanzenbau die wertvollsten, weil sie genügend wasserhaltende Kraft mit guter Durchlässigkeit und Wärme verbinden. In Kalk- und Mergelböden finden wir Ton und Sand mit kohlensaurem Kalk vermengt. Sie sind wie Sandböden außerordentlich tätig und brauchen deshalb starke Stallmistdüngungen.

Das kleinste Haustier

Eignest du dich zum Bienenvater?

Wie man es wird und was man dazu braucht

Kein Zweig der Kleintierhaltung verlangt wohl soviel und so genaue Kenntnisse wie die Bienenzucht. Manches einer, der sich mit mehr Eifer als Kenntnissen an sie herangewagt hat, mußte dies bald einsehen und entweder das Versäumte schleunigst nachholen oder die Sache wieder aufgeben. Es geht dabei leider stets Geld verloren, nicht nur dem einzelnen, sondern auch dem Volksevermögen. Deshalb sollte, wer Imker werden will, sich zu allererst gediegene Kenntnisse erwerben.

Die erste Einführung in die Behandlung der Bienen gewähren Imkerlehrgänge, wie sie von Landwirtschaftskammern, Fachvereinen und Imkerschulen abgehalten werden. Sie bieten nicht nur Gelegenheit zum Erwerb einer guten Grundlage, sondern auch zu einer Selbstprüfung, ob man sich überhaupt zum Imker eignet. Glaubt man dies bejahen zu können, muß man auch noch die Gegend etwas prüfen, wo man zu imkern gedenkt. Noch lange nicht überall kann man mit Erfolg Bienenzucht treiben. In dieser Frage zieht man am besten einen erfahrenen Imker zu Rate. Erst wenn sie geklärt ist, darf man sich Bienen kaufen. Am besten beginnt man mit drei Völkern. Zwei davon können Schwärme sein, ein überwintertes Volk aber muß man wenigstens haben. Je früher im Jahr man kauft, desto besser. Man muß zwar mehr Geld anlegen, aber die Aussichten auf Gelingen sind dann am besten. Schwärme kann man auch am Ort kaufen, ihre Bienen fliegen nicht mehr an den alten Stand zurück wie die Bienen der einmal auf eine Stelle eingeflogenen Völker.

Bei der Wohnungsfrage steht der Anfänger zuerst ratlos vor unübersehbaren Unterschieden. Er entscheidet sich am besten für ein in seiner Gegend eingeführtes und bewährtes System. Die einfachste und billigste Bienenwohnung, zugleich eine der besten, ist und bleibt der Strohkorb. Seine gewinnbringende Behandlung setzt jedoch keineswegs weniger Kenntnisse voraus als ein Kasten. Die Wahl eines Kastens wird dem Anfänger

durch den herrschenden Wirrwarr der Systeme und der Rähmchenmasse sehr erschwert. Auch hierbei lasse man sich durch einen erfahrenen Imker der nächsten Nachbarschaft beraten.

Hat man sich für eine bestimmte „Beute“ entschieden, kauft man die Wohnungen in einer möglichst nahe gelegenen Bienen-gerätesabrik. Von ihr sollte man auch später immer wieder bei Ergänzungen beziehen, da kleine Unterschiede in den Maßen der Erzeugnisse verschiedener Fabriken unvermeidlich sind. Er ist aber sehr wichtig, daß man alle Einzelteile vertauschen kann. Keinesfalls lasse man sich verleiten, die ersten Kästen selbst anzufertigen zu wollen oder bei einem beliebigen Tischler in Auftrag zu geben. Der Nichtimker weiß nicht, worauf es ankommt, und Bienenwohnungen müssen auf den Millimeter genau gearbeitet sein. Ist man selbst ein geschickter Bastler, so kann man sich später immer noch daran versuchen. Ferner ist dringend davon abzuraten, gebrauchte Kästen zu kaufen, auch wenn sie noch so billig sind, sie seien denn so gut wie neu.

Aus alledem ist deutlich zu erkennen, daß der Imkeranfänger nicht ohne den Rat anderer bestehen kann. Die beste Gelegenheit, erfahrenen Kollegen kennen zu lernen, bietet der Imker-verein. Der Beitritt kann dem Anfänger nicht genug empfohlen werden. Er findet hier Anregung und Belehrung in Fülle und bewahrt sich vor manchem Verlust. Ein weiteres Mittel zur Fortbildung bietet uns der Bezug einer guten Bienenzeitung, von denen es ungefähr 36 in deutscher Sprache gibt. Auch diese lernt man durch den Verein kennen. Die beste Gelegenheit zur Fortbildung erhält man, wenn man einem befreundeten Imker bei seinen Arbeiten helfen kann. Hierbei erfährt man noch am meisten und kann manchen Kniff abgucken.

Die Kosten spielen natürlich auch eine Rolle. Wer nicht sicher ist, das Unternehmen durchführen zu können, lasse lieber die Finger von den Bienen, denn eine mit unzulänglichen Mitteln begonnene Bienenzucht führt nur zu Mißerfolgen.

Virus Obst

Der Pfirsich im Kleingarten

Der Pfirsich gehört zu den anspruchslosen Obstbäumen. Als Sämling oder als veredelter Pfirsichwildling kommt er gut in leichten, sandigen Böden fort. Für gute Böden wählt man Veredlungen auf St. Julienpfäule. Im Gegensatz zu manchen anderen Obstbäumen und namentlich zum Gemüsebau macht die Pfirsichkultur wenig Arbeit. Trotzdem werden noch recht wenig Pfirsiche in den Gärten gepflanzt, weil man ihrer Widerstandsfähigkeit nicht traut. Dabei verlangen Pfirsiche durchaus nicht nur bevorzugte, sonnige Standplätze. Sie gedeihen auch im deutschen Norden gut und sind nicht mehr von Frostschäden bedroht als Rosen. Wir dürfen nur nicht empfindliche französische Sorten pflanzen, sondern müssen uns an die winterharten amerikanischen und vor allen Dingen an gute heimische Sämlinge und Lokalformen halten. Leider ist die Sortenfrage bei den Pfirsichen noch recht verworren. Wie bei den meisten Obstbäumen herrscht auch hier Ueberfülle, darunter befindet sich manches minderwertige, was ausgemerzt werden müßte. Mit der Behauptung, daß sich bestimmte Pfirsichsorten durch Samenreine fortpflanzen, muß man zwar vorsichtig sein, man hat aber in dieser Hinsicht schon schöne Erfolge erzielt. Der Sämling, der nicht erst veredelt zu werden braucht, bietet natürlich große Vorteile. Er ist wüchsiger als der veredelte Baum, härter gegen Witterungsunbilden und Krankheiten, langlebiger und vor allen Dingen fruchtbarer. Die Fruchtbarkeit pflegt im fünften oder sechsten Jahre einzusetzen. Man muß also etwas länger warten, als nach der Pflanzung von Veredlungen, die schon im zweiten oder dritten Jahre Frucht tragen. Dafür wachsen die Sämlingspflanzen schneller zu starken Büschen heran.

Die beste Spalierform

Jede Pflanze hat das Bestreben, in die Höhe zu wachsen. Die einfachsten und natürlichsten Wandbäume bilden danach die U-Formen und die senkrechte oder schräge Spindel, auch Kordon genannt. Werden die Leittriebe in eine waagerechte Lage gezwungen, so tritt auf Kosten der Entwicklung eine Verringerung in der Saftströmung ein. Die U-Form bietet weiter den Vorteil, daß man, wenn die Grundform einmal vorhanden ist, nur auf Fruchtholz zu schneiden braucht. Noch einfacher zu behandeln ist die Spindel, da sie nur einen einzigen Leittrieb hat. Nicht so gut wie Kernobst verträgt Steinobst die Gewaltmaßregeln, die mit der Formung am Spalier verbunden sind. Hierfür kommt nur die zwanglose Fächerform in Frage.

Kleintierzucht

Turngeräte im Kaninchenstall

Das Mobiliar der Kaninchenställe besteht meist nur aus dem Fressnapf. Selbst die Käufe für Grünzeug und Heu halten viele Züchter für überflüssig, obwohl sie viel Grünfutter sparen hilft. Noch viel seltener findet man andere Einrichtungsgegenstände, die sich aufmerksame Züchter ausgedacht haben, um das Stalleben der Tiere dem Leben in der Freiheit mehr anzupassen. Am bekanntesten ist wohl der Nistkasten für die Häsinnen. Er wird als Ruhestätte auch von einzeln gehaltenen Kaninchen gerne gebraucht. Für diesen Zweck kann man an einer Stelle auch eine Art Bank anbringen, die entweder aus vier Füßen im Stall steht oder als Wandbrett befestigt wird. Sie sollte für große Rassen etwa 70 Zentimeter lang und 30 bis 35 Zentimeter breit sein, bei den mittleren und kleineren kommt man mit zwei Dritteln dieser Maße aus. Das Brett wird im Hintergrunde des Stalles befestigt, da es das Kaninchen leicht, in der Ruhe die Umgebung zu betrachten.

Ein anderes Gerät, das besonders die Aufgabe hat, die Tiere zum Springen zu veranlassen, ist die Schranke, eine halbhohle Scheidewand, die quer durch den Stall läuft. Dieser darf dann natürlich nicht zu eng sein. Die Tiere gewöhnen sich bald daran, die Zwischenwand zu überpringen, sie machen Männchen davor, und dabei strecken sie ihren Körper und arbeiten ihre Muskeln aus. Mangel an Bewegung ist ja meist Schuld an vorzeitiger Verfettung, die die Tiere zur Zucht unbrauchbar macht. Die Schranke braucht nicht durch den ganzen Stallraum zu reichen, man bringe sie aber möglichst so an, daß der Futtertrog auf der einen und der Kauf auf der anderen Seite sich befindet. Jungtiere nehmen dann bald regelmäßig ihren Weg über das Hindernis, das je nach der Rassengröße

20 bis 30 Zentimeter hoch sein soll. Bei tiefen Ställen steckt man das trennende Brett am besten zwischen Leisten ein, sonst gibt man ihm eine kräftige Fußleiste. Wer zum Bastein weniger Talent hat, nagelt einfach gegen die eine Schmalseite ein zweites Brett, das das erste dann in seiner Stellung hält.

KURZ UND GUT

Kalkarmer Boden ist schlechte Saaterde

Samenkörner und Knollen pflegen selbst wenig Kalk zu enthalten, zum Gedeihen der Keimlinge gehören aber leicht zugängliche Kalkverbindungen in reichlicher Menge. Das ist durch genaue Vergleiche bei wissenschaftlichen Versuchen bewiesen worden. Sämlinge, die unter Kalkmangel litten, blieben auf fallend hinter solchen auf kalkreichem Boden in der Entwicklung zurück und holten das Versäumte auch bei kräftigster Düngung und nachträglicher Kalkung nicht mehr nach. Man beobachtet, daß die Pflanzen in kalkhaltigem Boden besser Wurzel bilden als in kalkarmem. Sie können infolgedessen alle Nährstoffe besser ausnützen.

Rhabarber und Grundwasserstand

Mit Recht hält man den Rhabarber für eine durstige Pflanze, denn so große Blätter müssen viel Wasser verdunsten. Man täuscht sich aber sehr, wenn man glaubt, dem Rhabarber stehende Rässe zumuten zu dürfen. Dagegen sind die Pflanzen erstaunlich empfindlich. Durch seinen hohen Wasserverbrauch senkt der Rhabarber den Wasserstand, und doch verträgt er Ueberschwemmungen während der Zeit des Wachstums höchstens zwei bis vier Tage. Im Winter darf das Grundwasser nicht länger als 14 Tage den Wurzelstod berühren. Am besten befindet sich der Rhabarber bei einer Wassertiefe von 1 bis 1,5 Meter. Die Bodenart übt wenig Einfluß auf den Erfolg der Kultur, wenn sie nur nährstoffreich und tiefgründig ist.

Verleumdung und Beleidigung im neuen Strafrecht

Eins der häufigsten Vergehen ist die Beleidigung, die auf zweierlei Art und Weise begangen werden kann:

1. beruht sie darauf, daß gegen eine Person Vorwürfe erhoben werden, die ihren guten Ruf, den sie in der Öffentlichkeit genießt, verletzen, z. B. der Vorwurf, daß jemand einen anderen betrogen habe, daß er in Doppeltelche lebe usw.;

2. beruht sie auf einem Verhalten, das die persönliche Würde verletzt, wenn z. B. jemand den andern beschimpft.

Die Rechtswissenschaft unterscheidet hier Verleumdung und Beleidigung. Das neue polnische Strafrechtsgesetz faßt beides unter dem Namen „Zniewaga“ zusammen.

Verleumdung

Nach Artikel 255 des Strafrechtsgesetzes läßt sich derjenige ein Vergehen zuschulden kommen, der einer Person, Institution oder Vereinigung, auch wenn sie keine juristischen Merkmale trägt, ein solches Verhalten oder solche Eigenschaften nachredet, die a) sie entweder in der öffentlichen Meinung herabsetzen (z. B. der Vorwurf des Diebstahls, der unmoralischen Führung, Verlassen von Frau und Kind, wodurch sie ins Elend geraten, der Vorwurf des Wuchers usw.), b) oder sie dem Verlust des für den betreffenden Posten, Beruf oder die Art der Tätigkeit nötigen Vertrauens aussetzen kann (z. B. der Vorwurf gegen einen Geistlichen, daß er sich zu sehr weltlichen Vergnügungen hingibt, der Vorwurf gegen einen Arzt, daß er schlecht oder nachlässig seine Heilpraxis ausübt, der Vorwurf gegen einen Handwerker, daß er Fälscherarbeit liefert oder der Vorwurf gegen einen Kaufmann, daß er durch hohe Preise für seine Waren den Leuten das Geld über die Ohren zieht).

Erforderlich ist hierbei, daß der Vorwurf a) öffentlich erhoben wurde, d. h., daß der Täter den Vorwurf in der Absicht erhob, daß er die erwähnte Wirkung der Herabsetzung usw. hervorzurufen sollte, oder daß er zumindest eine solche Wirkung vorausahnte und doch darauf einging. Ferner ist erforderlich, daß der Vorwurf nicht der Wahrheit entspricht. Ist der Vorwurf inhaltlich wahr, dann gibt es keine Verleumdung, und der Täter geht straffrei aus. Verteidigt sich der Angeklagte damit, daß der Inhalt des Vorwurfs wahr sei, dann ist es seine Pflicht, wenn er sich rechtfertigen will, den sogenannten Wahrheitsbeweis durchzuführen. Es genügt nicht der Nachweis, der Wahrscheinlichkeit und des guten Glaubens.

Solcher Wahrheitsbeweis ist in der Regel zulässig. Ausnahmsweise nicht zulässig ist er dann, wenn der Vorwurf öffentlich gemacht wurde (z. B. auf einer öffentlichen Versammlung, in einer größeren Gruppe von Personen oder in der Presse). Doch darf auch hier der Wahrheitsbeweis durchgeführt werden, wenn a) der Täter zum Schutze eines berechtigten öffentlichen oder privaten, des eigenen oder fremden Interesses handelte, b) wenn der Wahrheitsbeweis nicht Umstände des privaten oder des Familienlebens betrifft. Betrifft er solche Umstände, dann kann auch nicht die Rücksichtnahme auf das öffentliche Interesse die Zulassung des Wahrheitsbeweises herbeiführen. Der Wahrheitsbeweis wird also z. B. zulässig sein, wenn jemand auf einer öffentlichen Versammlung, weil er die Wahl der betreffenden Person auf irgendeinen Posten nicht zulassen will, den Vorwurf äußert, daß diese Person Diebstahl oder Betrug begangen habe, wird aber nicht zulässig sein, wenn er gegen diese Person unter denselben Bedingungen den Vorwurf erhebt, daß er seine Frau verläßt.

Für Verleumdungen stehen Haftstrafen von mindestens einer Woche bis zu höchstens zwei Jahren und Geldstrafen von 5 bis 200 000 Zł.

Die Strafverfolgung erfolgt nur aus privater Anklage, d. h. daß der Geschädigte selbst, nicht der sogenannte öffentliche Ankläger (Staatsanwalt oder eine andere staatliche Behörde), die Anklage beim Gericht oder bei der Staatspolizei, die die Klage an das Gericht weiterleitet, einbringen muß. Dagegen kann im Falle der Verleumdung eines Beamten die Strafverfolgung auch auf Antrag der vorgesetzten Behörde dieses Beamten erfolgen.

Die Verurteilung ist auf Antrag des Klägers in den Zeitungen auf Kosten des Verurteilten auch dann zu veröffentlichen, wenn die Beleidigung nicht im Druck geschah.

Von der Verleumdung nach Artikel 255 des Strafrechtsgesetzes unterscheidet das Strafrechtsgesetz die sogenannte falsche Anklage nach Art. 143 des Strafrechtsgesetzes, die sich derjenige zuschulden kommen läßt, der eine andere Person vor einer Behörde oder einem Amte, die zur Strafverfolgung einer im Gerichts-, Verwaltungs- oder Disziplinarwege geahndeten Tat berufen sind, fälschlich anklagt. Das Strafrechtsgesetz bezeichnet dies als Vergehen gegen die Rechtsprechung und bedroht mit einer Gefängnisstrafe von mindestens 6 Monaten bis höchstens 5 Jahren oder einer Haftstrafe von mindestens einer Woche bis zu höchstens fünf Jahren.

Die Strafverfolgung geschieht aus öffentlicher Anklage (nicht privater).

Beleidigung

Nach Artikel 256 des Strafrechtsgesetzes macht sich ein Vergehen schuldig, wer die persönliche Würde einer anderen Person verletzt: a) in seiner Gegenwart, b) in seiner Ab-

wesenheit, aber in diesem Falle entweder öffentlich oder in der Absicht, daß die Beleidigung zu dieser Person gelangt (wenn z. B. jemand den andern mit den Worten beschimpft: „Swinia“, „Dziol“, „Bestja“ (Schwein, Esel, Bestie), wenn mit einer Geste Verachtung oder Herabsetzung geäußert wird, nicht aber, wenn er der Person ins Gesicht schlägt; denn dieser Fall fällt unter den Begriff der Verletzung der körperlichen Unantastbarkeit nach Art. 230 des Strafrechtsgesetzes. Dieses Vergehen begeht, wer einen Menschen schlägt oder auf andere Weise seine körperliche Unantastbarkeit verletzt.

Eine Beleidigung ist straffrei, d. h. das Gericht kann den Täter verurteilen, ihn aber von der Strafe befreien im Falle der sog. Provocation oder Vergeltung, nämlich wenn: a) die Beleidigung durch ein herausforderndes Benehmen des Beleidigten hervorgerufen wurde, b) wenn der Beleidigte mit einer gegenseitigen Beleidigung oder einer Verletzung der körperlichen Unantastbarkeit antwortete.

Erforderlich ist, daß der Täter absichtlich handelte, ebenso wie bei der Verleumdung.

Als Strafen sind Haftstrafen von mindestens einer Woche bis zu höchstens einem Jahre oder Geldstrafen von 5 bis 200 000 Złoty vorgesehen.

Die Strafverfolgung geschieht nur aus privater Anklage, wie bei der Verleumdung. Im Falle der Beleidigung eines Beamten der Ausübung seiner Dienstpflichten kann aber auch die Strafverfolgung auf Antrag der vorgesetzten Behörde erfolgen.

Nochmals: die Umsatzsteuer

beim Verkauf von Artikeln des ersten Bedarfs im Jahre 1933

Mit Rücksicht darauf, daß noch immer Zweifel bestehen bezüglich des Umsatzsteuerprozentfußes für Artikel des ersten Bedarfs, sei hiermit nochmals auf den Artikel in der Beilage für Recht und Steuern vom 11. Januar 1933 und auf denjenigen, betitelt: „Die Umsatzsteuer beim Verkauf von Artikeln des ersten Bedarfs“ in Nr. 12 vom 15. Januar 1933 Bezug genommen.

In dem ersten Artikel heißt es unter Pkt. 2 wörtlich: Ebenfalls unverändert bleibt der Umsatzsteuerprozentfuß von 1 Prozent für Umsätze aus dem Kleinverkauf von Artikeln des ersten Bedarfs wobei es ganz gleichgültig bleibt, ob eine den Vorschriften des Gesetzes entsprechend geordnete Buchführung vorliegt oder nicht. Diese Ausführungen finden im Gesetz ihre volle Begründung, sie sind indes aber nur anwendbar für Umsätze in Artikeln des ersten Bedarfs von Handwerksunternehmen, deren Eigentümer Handwerksarten besitzen.

In Handelsunternehmen unterliegt der Umsatzsteuerprozentfuß für den Verkauf von Artikeln des ersten Bedarfs einer unterschiedlichen Anwendung. Hier hängt dieser Unterschied von der Frage ab, ob eine den Vorschriften des Gesetzes entsprechend geordnete Buchführung vorliegt oder nicht. Bei dem Vorliegen einer geordneten Buchführung beträgt der Umsatzsteuerprozentfuß für Engrosverkäufe 0,5 Prozent und für Detailverkäufe 0,75 Prozent, während letzterer im Jahre 1932 noch 1 Prozent betrug. Bei nicht buchführenden Handelsunternehmen aber unterliegt der Detailverkauf von Artikeln des ersten Bedarfs im Jahre 1933 sowie in den folgenden Jahren genau demselben Prozentfuß wie im Jahre 1932, und das ist 1 Prozent.

W. Köhler.

Zum Gesetz über Konkursverhütung

Abänderungsvorschläge des Polnischen Industrie- und Handelstages

Der Verband der polnischen Industrie- und Handelskammern, der schon seit längerer Zeit eine Abänderung des Gesetzes über die Konkursverhütung anstrebt, hat jüngst die Grundzüge bekanntgegeben, auf welche sich die künftige Regelung des Verfahrens zur Verhütung von Konkursen stützen soll. Im Prinzip spricht sich der Verband für das Vergleichsverfahren und gegen den Zahlungsaußschuß aus. Aber auch ein Vergleichsverfahren kann nach dem Projekt des Verbandes nur eröffnet werden 1., wenn das Unternehmen länger als drei Jahre besteht, 2. wenn vorchriftsmäßige Handelsbücher geführt werden, 3. ein Auszug aus dem Handelsregister beigebracht wird in Fällen, in denen ein Unternehmen zur Eintragung ins Handelsregister verpflichtet ist, 4. wenn der Vergleichsvorschlag auf mindestens 40 Prozent lautet, 5. wenn der Schuldner sich bereit erklärt, den Offenbarungszeit zu leisten (im ehemals russischen Teilgebiet ist der Offenbarungszeit bisher unbekannt, d. R.), und 6. wenn der Schuldner eine spezifizierte Aufstellung seiner Geschäftsabläufe und Handlungen im Verlauf der letzten beiden Jahre zugunsten dritter Personen vorlegt.

Das ganze Vergleichsverfahren soll längstens innerhalb von drei Monaten abgeklungen sein. Eine Verlängerung um einen weiteren Monat soll nur aus wichtigem Grunde gestattet werden. Aus dem Vergleichsverfahren sollen nach

dem Projekt des Verbandes Hypothekenverpflichtungen, Steuerforderungen sowie Versicherungsforderungen für einen bestimmten Zeitraum herausgenommen werden.

Die Mehrheit, die zur Annahme eines Vergleichs notwendig ist, soll unverändert bleiben, also 50 Prozent der anwesenden, mindestens zwei Drittel der Forderungen auf sich vereinigenden Gläubiger bei einer angebotenen Quote von 30 Prozent, dagegen neun Zehntel der Gläubigerforderungen bei einer Verringerung der Schuld um 30 bis 60 Prozent betragen.

Die Umsatzsteuer-Freiheit des Exportkommissionärs

Der Umsatz des Kommissionärs bei Ausfuhrgeheimnissen ist nach Art. 94 der Neufassung des Umsatzsteuergesetzes vom 27. Januar 1932 steuerfrei. Nun wurde ein Kommissionär aber dennoch zur Entrichtung einer Umsatzsteuer aufgefordert. Er weigerte sich, zu zahlen, und so kam die Angelegenheit vor das Oberste Verwaltungsgericht. Die Exportgeheimnisse dieses Kommissionärs wurden vor dem Inkrafttreten der neuen Bestimmung vollzogen, und daher stellte das Gericht sich auf den Standpunkt, daß eine Steuerfreiheit des Kommissionärs unbegründet sei, da die alten Bestimmungen sie nicht vorsehen. Das alte Umsatzsteuergesetz hatte die Tendenz, den Export polnischer Rohstoffe und Halbfabrikate zu heben, und deshalb waren die Exportgeheimnisse des Unternehmers umsatzsteuerfrei. Der Preis der polnischen Ware auf den Auslandsmärkten sollte so niedrig wie möglich sein, um konkurrenzfähig zu bleiben. Das Umsatzsteuergesetz trug und trug dazu bei, indem es den Preis um die Höhe der Steuer verringerte. So sei die Steuerfreiheit des Exports begründet. Aber unbegründet wäre immer nach dem alten Gesetz — die Steuerfreiheit der Provision des Kommissionärs, denn die Sentung der Preise der Exportartikel auf den Auslandsmärkten und die Steuerfreiheit der Provision des Kommissionärs seien nicht verbunden. Jetzt sei auch dem Kommissionär Steuerfreiheit gewährt, aber das neue Gesetz wolle nicht, daß diese Steuerfreiheit auch schon auf die Zeit anzuwenden sei, wo es noch gar nicht in Kraft war.

Diese Entscheidung hat das Oberste Verwaltungsgericht am 10. Dezember 1932 gefällt.

Briefkasten der Schriftleitung

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur montags von 1 bis 12 Uhr.

(Alle Anfragen sind zu richten an die Briefkasten-Schriftleitung, des „Posener Tageblattes“. Auskünfte werden unseren Lesern gegen Entsendung der Belegausfertigung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jede Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

W. in J. Der Name Wilhelm heißt auch in der polnischen Sprache Wilhelm, notwendigerweise heißt also auch der Name Wiliś auch im Polnischen Wiliś. Der Name Cyrill ist ein ganz anderer Name und hat mit Wiliś gar nichts zu tun. Wenn Sie also etwa von der polnischen Behörde so überfetzt werden, so ist das ein Irrtum. Der Name Cyrillus heißt in der Übersetzung Konstantin, er ist aber als Cyrillus gebräuchlich, im Polnischen und Deutschen sagt man Cyrill. Cyrillus war ein Apostel der Slawen und lebte mit Methodius in Thessalonien. Er predigte das Evangelium von 864 bis 867 und überlieferte liturgische Bücher ins Slawische. Daher gilt Cyrillus als der Begründer der slawischen Literatur.

W. i. J. Grundsätzlich sind Sie zur monatlichen Bezahlung schon einmal an die Kommunalverwaltung entrichteter Beträge nicht verpflichtet.

Sämtliche Zuschlagsforderungen der Kommunalverbände müssen durch die Gemeindefachstelle bestätigt sein. Ist in diesem Falle der 40prozentige Zuschlag von der Gemeindefachstelle bewilligt worden, so wird man sich der Zahlungspflicht nicht entziehen können.

M. G. 100. 1. Der Umsatz aus dem Verkauf Ihrer Produkte an die Verbraucher oder auch Wiederverkäufer wird mit 2 Prozent besteuert.

2. Der Umsatz, erzielt durch den Verkauf Ihrer Produkte an andere gewerbliche Betriebe zwecks Weiterverarbeitung, wird mit 1 Prozent versteuert.

Bei Führung ordnungsmäßiger Handelsbücher können Sie die Umsatzsteuer monatlich zahlen, sonst vierteljährlich.

Sie können evtl. außer dem Gewerbesteuer ein besonderes Handelspatent einlösen und würden dann bei Führung ordnungsmäßiger Handelsbücher folgende Steuerföge zahlen:

1. bei einem Handelspatent 3. Kategorie 4 Prozent vom Umsatz aus dem Verkauf un-
verarbeiteter Milch (ohne Rücksicht auf
Detail- oder Engros-Verkauf);

II. bei einem Handelspatent 2. Kategorie
a) 3/4 Prozent vom Umsatz aus dem Klein-
verkauf un-
b) 1/4 Prozent vom Umsatz aus dem Verkauf
un-
verarbeiteter Milch an Wiederverkäufer.
(Artikel 7 des Umsatzsteuergesetzes.)

M. G. i. R. B. Zur Führung einer Sattler-
werkstatt ist zumindestens die Einlösung eines
Gewerbepatentes 8. Kategorie erforderlich
(kostet für Ihren Ort ca. 7 Złoty).

Bei einem Patent der 8. Kategorie können
bis 4 Personen beschäftigt werden, wobei die

mitarbeitenden Familienmitglieder mitgezählt werden.

Für einen Warenhandel neben dem Verkauf Ihrer eigenen Erzeugnisse hätten Sie bei dem geringen Umsatz kein besonderes Handelspatent benötigt, wenn auf Grund der letzten Verfügung über die Erleichterungen betreffs Gewerbepatente durch Sie ein Antrag um Verletzung bis zum 31. Dezember 1932 gestellt worden wäre. Da dieses nicht erfolgt ist, müssen Sie ein Handelspatent 4. Kategorie einlösen (kostet für Ihren Ort 10 Złoty mit Zuschlägen).

Nur in dem Falle des Verkaufs von Erzeugnissen Ihrer Branche, die durch sogenannte Heimarbeit hergestellt worden sind, wären Sie von der Einlösung eines besonderen Handelspatentes befreit. (Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts vom 15. April 1930.)

P. St. i. P. 1. Durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 13. September 1927 unterliegt Sirup, da er eine Phase der Zuckerproduktion darstellt, der sog. Verbrauchssteuer. Die Besteuerungspflicht tritt auf Grund des Art. 8 dieser Verordnung erst mit dem Augenblick ein, sobald der Sirup verpackt oder im eigenen gewerblichen Betriebe (z. B. Bäckerei) verbraucht wird. Das Selbstkochen von Sirup und der Verbrauch im eigenen Haushalte ist daher nicht verboten und unterliegt auch keiner Besteuerung.

2. Das Quantum selbsthergestelltes Weines darf jährlich zusammen mit den vorjährigen Vorräten nicht mehr als 100 Liter betragen und nur für den Verbrauch im eigenen Haushalt dienen. (Verordnung D. U. Nr. 99/1931, Pol. 763). Jede Menge über 100 Liter muß versteuert werden.

3. Das neue Waffen- und Munitionsgesetz ist am 1. Januar d. J. in Kraft getreten. Während nach dem alten Gesetz nur für das Tragen von Waffen ein Waffenschein notwendig war, ist er jetzt auch erforderlich für den Besitz von Waffen jeglicher Art. Den Waffenschein selbst stellt das zuständige Staatsamt aus.

E. S. Potzanowo. Nach dem neuen Waffengesetz ist nicht nur das Tragen, sondern auch schon der Besitz von Schusswaffen ohne behördliche Genehmigung verboten und strafbar. Einen Anspruch auf Zuerkennung eines Waffenscheins hat Ihr Sohn nicht. Die Behörde ist berechtigt, einen diesbezüglichen Antrag ohne Angabe von Gründen abzulehnen.

J. S. Sarnowo. Eine Klage gegen den Fiskus ist zwecklos, da Sie nur einen Schadenersatzanspruch an die Bank haben.

1000. Wir bitten, zunächst anzugeben, ob ein Testament besteht, und wenn ja, welchen Inhalt es hat.

E. B. B. Ihre Anfrage können wir im Briefkasten nicht beantworten. Vielleicht ist es Ihnen möglich, gelegentlich in der Redaktion persönlich vorzusprechen.

A. Sierolowo. 1. Die 20 000 Mark vom April 1920 sind nach der Tabelle des § 2 der Aufwertungsverordnung gleich 800 Złoty. Dieser Betrag ist mit 10 Prozent aufzuwerten, so daß Sie 80 Złoty zu beanspruchen hätten. 2. Der Aufwertungsbeitrag der Transfurter Lebensversicherungsgesellschaft ist uns nicht bekannt. Wir empfehlen Ihnen, sich unter Angabe der Policennummer direkt an die Gesellschaft zu wenden.

J. St. Stoki. Wenn die Friedensmiete für die Räume 16 Mark betrug, so braucht nach dem Mieterkündigungsgesetz der Mieter heute nur 16,68 Złoty pro Monat zu zahlen, auch wenn vertraglich eine höhere Miete vereinbart war. Die Invalidentente ist nicht pfändbar.

Zum Bezug unserer Zeitung durch die Post

Vom 15.—25. d. Mts. bitten wir Bestellungen auf das „Posener Tageblatt“ für die Monate Februar und März baldigst an die zuständige Postanstalt zu richten. Man darf auch einzeln für jeden Monat die Zeitung bestellen. Der Betrag ist an den Briefträger zu entrichten oder der Post einzusenden, spätestens 5 Tage vor Monatsbeginn. Nur bei Bestellung und Zahlung bis zum 25. d. Mts. kann pünktliche Lieferung der Zeitung am nächsten Monatsersten gewährleistet werden.

Auch für Kongreg- und Kleinposten ist jetzt unmittelbarer Postbezug zulässig.

Bei gewünschter Postüberweisung durch uns bitten wir Zahlung auf Postcheckkonto Posnan 200 283 oder unmittelbar an den Verleger des „Posener Tageblattes“, Posnan, ul. Zwierzyniecka 6, zu leisten.

Auf dem Postabschnitt vermerke man: „Für Zeitungsbezug“.

